Mitteilungsblatt

VVN-BdA Niedersachsen • Rolandstr. 16 • 30161 Hannover • Tel. 0511-331136

Neonazis zwischen Leine und Weser:

Taktische Spiele und strategische Ziele

Seit einiger Zeit versucht die NPD mit ihrem neofaschistischen Umfeld, sich verstärkt in dem Raum zwischen Leine und Weser zu verankern. Sie stützt sich dabei auf die gewalttätigen örtlichen Szenen von Skinheads und "Kameradschaften" und bedient sich einer Doppeltaktik der gewaltsamen Einschüchterungsversuche gegenüber erklärten und potentiellen Gegnern und der Ausnutzung der Spielräume, die ihr Verwaltung, Polizei und Gerichte einräumen. Ihr strategisches Ziel ist offensichtlich eine dauerhafte öffentliche Präsenz im Großraum Hannover. Bisher ist es gelungen, trotz einiger Widerstände ein breites Bündnis dagegen zu mobilisieren.

z. B. Barsinghausen

Seit 1997 kommt es in Barsinghausen und Umgebung immer wieder zu Pöbeleien. Provokationen und gewaltsamen Übergriffen, bei denen faschistische Parolen gerufen und geschmiert werden. Frühzeitig werden dabei auch Aufkleber der NPD gesehen. Besonders der "Falkenkeller" und seine Besucher sind immer wieder das Ziel der Angriffe. In örtliche Kneipen etabliert sich ein regelmäßiger Nazitreff. Er ist oft direkter Ausgangspunkt der Aktionen. Einige der Anführer sind namentlich bekannt.

Im Frühjahr 2000 berichtet die Lokalpresse über die bevorstehende Gründung einer Gruppe der JN durch einen Funktionär aus Rinteln. Trotzdem bestreiten die Behörden lange Zeit, das es in dieser Stadt eine Naziszene gäbe. Auch die "Republikaner" und eine Gruppe "Nationale Kräfte Barsinghausen" treten organisiert in Erscheinung. Am 9.2. 2002 schließlich errichtet die NPD einen Propagandastandes in der Innenstadt. Am 9.3. und am 27.4. meldet sie Kundgebungen und Aufmärsche an, zu denen jeweils 50 bis 70 Nazis antreten.

Antifaschistische Bündnisse ...

Nach der Ankündigung des NPD-Standes für den 9.2. fand sich kurzfristig ein breites "Aktionsbündnis gegen Rechts" zusammen., mit dem Ziel, gegen diesen Auftritt vorzugehen. Es umfasste die CDU, SPD und FDP aus Barsinghausen und dem benachbarten Wennigsen sowie die Antifa Wennigsen, den DGB, B'90/Grüne aber auch antifaschistische Bündnisse und Organisationen aus Langenhagen und Hannover (VVN/BdA, AAH). Über 400 Menschen wurden mobilisiert, um gegen die Nazis zu demonstrieren. Die Stimmung war spontan und eindeutig und wurde von den Rednern einhellig formuliert: "Den Anfängen wehren"! "...dem braunen Spuk ein Ende bereiten!" "Barsinghausen ist ... kein Tummelplatz für Rechte!" usw. Gerd Bornemann, Landessprecher der VVN/BdA, allerdings wies darauf hin, dass die "Anfänge" längst schon sichtbar waren und ein Verbot der

Die von der NPD angemeldete Kundgebung bot den militanten Neonazis aus dem norddeutschen Raum eine willkommene Möglichkeit der Selbstdarstellung

UMGEZOGEN?
Bankverbindung geändert

Name:...

Vorname:..

Bankverbindung:

Kto.-Nr..

BLZ...

neue Adresse

Straße ....

PLZ ....

Wohnort ....

alte Adresse

Straße ....

PLZ ....

Wohnort ....

bitte zurücksenden an: VVN-BdA Nds. e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover

NPD überfällig sei. Wie aber das öffentliche Auftreten der Faschisten künftig zu verhindern sei, davon war auf der Kundgebung sonst wenig zu hören. Ein starkes Polizeiaufgebot schützte einstweilen die Propagandaaktion der Nazis (einem knappen Dutzend). Der verständliche Wunsch, den Reden Taten folgen zu lassen, manifestierte sich lediglich durch einige fliegende Eier und Tomaten. Die Presse allerdings, von der HAZ bis zur Calenberger Zeitung brachte ausführliche Berichte, in denen plötzlich auch die Vorgeschichte dieses Ereignisses zur Sprache kam.

Für alle Beteiligten war klar, dass der 9.3 nicht einfach eine Wiederholung des 9.2. sein könne. Schließlich hatte die NPD nicht nur einen Propagandastand, sondern eine Kundgebung angemeldet. Bei vielen Aktivisten, besonders aus den überregionalen Initiativen und Bündnissen, setzte sich die Ansicht durch, das Ziel der Gegendemonstration müsse es sein, jene zu verhindern. Da wurde aus dem “Bündnis gegen Rechts” der örtliche Politiker alsbald ein Bündnis gegen “Gewalt”, währen die Polizei ihre Hundertschaften mobilisierte, um die “Versammlungsfreiheit” der Nazis zu schützen. So kam es, wie es kommen musste: Eine Kundgebung mit etwa 500 Teilnehmern, vielen Plakaten und löblichen Reden. Abseits, hinter einem Polizeikordon knapp 50 junge Nazis. Einzelne Vorstöße von Antifaschisten und eine Sitzblockade wurden mit massiver Polizeigewalt beantwortet. Bilanz: Festnahmen von Antifaschisten, Verletzte, Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch. Und die Ankündigung einer Nazidemonstration für den 27.4.

... und die Anständigen.

Ein “Sprecher des Bündnisses gegen Rechtsextremismus” (Neue Presse Hannover) aus Barsinghausen befand einigermaßen ratlos: “Es ist uns schleierhaft, warum beide Seiten nicht friedlich agieren können.” Harald Thiel, Kommentator des genannten Blattes, gab die Losung auch für die zukünftige Behandlung des Problems aus: “Während 350 friedlich demonstrieren, stehen 65 Neonazis unbeachtet auf einem Parkplatz rum. Das wäre am Sonnabend das richtige Zeichen gewesen.” Also das, was seit Jahren getan wurde: Wegschauen und sich die eigenen Wohlanständigkeit versichern. Das politische Koordinatensystem dieser Republik war wieder zurecht gerückt. Dort die Extremisten von Rechts und Links und hier die politische Mitte. Daraus ergab sich dann die Marschrichtung für den 27.4.: Was nicht verboten werden kann, muss getrennt werden. Vormittags die Antifa, nachmittags die NPD. Zuvor hatte die Verwaltung über Demonstrationsverbote nachgedacht, während die Polizei nachdrücklich vor “massiven Ausschreitungen warnte”. Der Einsatzleiter Hische erkannte auch die Verantwortlichen: “Die Antifa-Gruppierungen wollen hier nicht friedlich

demonstrieren, sondern nur Gewalt ausüben.” Für ihn war klar: “Hätte man den Info-Stand(!) der NPD am 9. Februar einfach ignoriert, wäre die Sache im Sande verlaufen.” Die Rechnung aber, am 27.4. die Antifaschisten nach ihrer Demonstration frühzeitig nach Hause zu schicken um danach der NPD die Straße frei zu halten, ging dann doch nicht ganz auf. Die Demonstration begann nicht um 8 Uhr, sondern erst gegen 11 Uhr. Als um 13 Uhr die etwa 70 Nazis am Bahnhof eintrafen, wurden sie noch von über 100 Demonstranten in Empfang genommen, ehe sie unter massivem Polizeischutz ihren “Marsch” durch Barsinghausen antreten konnten.

Der Fall ist noch nicht ausgestanden

Dass den Nazis durch Wegschauen nicht bei zu kommen ist, wurde in Barsinghausen auch danach noch einmal schmerzlich klar gemacht. Am Himmelfahrtstag provozierten sie mehrere Schlägerein und zogen grölend durch die Straßen. Auch zuvor war es mehrfach zu gewaltsamen Übergriffen gekommen. Einige der Anführer mussten wegen Körperverletzung zur Fahndung ausgeschrieben werden. Der zuständige Staatsschutz allerdings wollte in den Schlägereien am Vatertag keinen politischen Hintergrund erkennen. Auf einer Diskussionsveranstaltung im Juni gab auch die Vertreterin des Verfassungsschutzes Entwarnung: “Barsinghausen ist kein Zentrum des Rechtsextremismus”. Immerhin sprachen sich die Teilnehmer, darunter der Justizminister persönlich für verstärkte Prävention aus ...

Inzwischen ging das Spiel in Kreis Schaumburg, dem eigentlichen Zentrum der Naziaktivitäten in der Region, weiter. Zum 1.6. trommelte der Christian Worch zu einer Demonstration in Rinteln. Auch hier wieder ein breites überregionales Bündnis der Antifaschisten. Auch hier wieder juristischer Kleinkrieg mit den Behörden, ein gelungenes Straßenfest und schließlich die Durchsetzung des “Demonstrationsrechts” der Nazis durch massiven Polizeieinsatz ...

Derartige Auseinandersetzungen, so kräftezehrend sie auch sind, werden noch lange notwendig sein. Wenn wir sie richtig führen, werden sie uns jedoch auch unserem Ziel näher bringen, der Durchsetzung unserer zentralen Position in der Öffentlichkeit: Faschismus ist keine Meinung , sondern ein Verbrechen!

rwk

Nachbemerkungen

Aufgrund der neofaschistischen Vorkommnisse in Barsinghausen / Region Hannover, die im Verlauf des ersten Halbjahres 2002 eskalierten und wobei sich die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung deutlich durch gemeinschaftliches Wegducken und Verharmlosen auszeichneten, kommt es nun zu einer Aufarbeitung der Geschehnisse. Auf Druck der Barsinghausener Vertrauensleute der Gewerkschaft ver.di und mit Unterstützung von Ratsmitgliedern und der örtlichen Verwaltungsspitze – vertreten durch den Hauptverwaltungsbeamten Bürgermeister Klaus-Detlef Richter - wird unsere 27- teilige Ausstellung ‚Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland‘ zumindest für zwei komplette Wochen bis zum 4.11.02 im Bürgerbüro des Rathauses gezeigt werden. Dieser Behördenteil – naturgemäß mit hoher Besucherzahl versehen – wird nunmehr öffentlicher Schauplatz und Multiplikator für Information und Gegenaktionen.

Landessprecher Gerd Bornemann eröffnete die Ausstellung am 21. Oktober im Beisein von lokaler und regionaler Prominenz sowie verschiedenen Medienvertretern. Wichtiges Ergebnis war bei dieser Gelegenheit auch, dass Schulvertreter aus dem dortigen Umfeld Interesse an einer projektbezogenen Zusammenarbeit mit der VVN/BdA erkennen ließen.

Rinteln

Auf Bitten der antifaschistischen Bündnispartner im Raum Schaumburg/ Weserbergland und unserer dortigen Mitglieder meldete Landesprecher Gerd Bornemann für die VVN/BdA am 16. Mai des Jahres eine Gegendemonstration mit Kundgebungen in der Stadt Rinteln für den 1. Juni an, um den uns sattsam bekannten Hamburger Neonazikader Christian Worch mit seinen Vasallen nicht ungestört durch die dortige Altstadt ziehen zu lassen. Gleichzeitig sollte an diesem Samstag auf dem historischen Marktplatz ein interkulturelles Fest stattfinden, das von den Verantwortlichen als alleinige Gegenveranstaltung vorgesehen war. Sie hatten nicht verstanden.

Nach mehreren fruchtlosen ‚Kooperationsgesprächen‘ mit der Rintelner Rathausspitze und den Vertretern verschiedener Kriminalfachinspektionen wurde Gerd Bornemann eine Auflagenverfügung übermittelt, die eine gewollte Zielsetzung unsererseits unmöglich erscheinen ließ und obendrein zu einer Gefährdung der Demonstrationsteilnehmer geführt hätte. Die Einschränkungen und Auflagen, die Herr Worch seitens der Genehmigungsbehörde für seinen geplanten und angemeldeten Aufzug erhielt, wurden durch das von ihm angerufenen Verwaltungsgericht wegen fehlerhaftem Vorgehens der Behörde komplett aufgehoben. Ebenso bezeichnete dieselbe Kammer die Verfügungsinhalte an die VVN/BdA als rechtswidrig.

Da offensichtlich wurde, dass die Stadt Rinteln die antifaschistische Demonstration mit der behördlichen Festlegung nach Uhrzeit und Routenverlauf nur als Vehikel zur Untermauerung einer ‚Umleitung‘ der Nazidemo benutzen wollte, sagte Gerd Bornemann in Absprache mit den dortigen Bündnispartnern die Demonstration am Vortag des Ereignisses ab. Für derartige Spielchen – obendrein ohne Erfolg - sind wir nicht zu haben.

Natürlich gab es trotzdem spontane Gegenaktionen, die wie üblich von Grün-Weiß Niedersachsen erheblich behindert wurden bis hin zu zeitweisen Einkesselungen der formierten Antifaschisten. Immerhin mußte der klägliche Haufen von gerade einmal knapp 60 braunen Gefolgschaftsleuten mit Herrn Worch unter dem Transparent der VVN/BdA “Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!” , das Jörg Meinke und Gerd Bornemann aufgespannt hatten, den Weg zum Rintelner Bahnhof zurück laufen.

Dass unser auf dem Marktplatz im Rahmen des Kulturfestes aufgestellter hannoverscher Informationsstand, der überwiegend von unseren Kameraden Jürgen Stiewe und Hartmut Rahmer mit Sybille betreut wurde, guten Zulauf hatte, freut uns besonders. Auch die A3 – Ausstellung zum Neofaschismus in der BRD – längs des Marktplatzes platziert - erregte große Aufmerksamkeit.

Zum guten Schluß: Der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt Rinteln Bürgermeister Karl-Heinz Buchholz sowie der 1. Stadtrat Frank Schröder hielten sich längere Zeit an unserem Stand auf und entschuldigten sich etwas verklausuliert über ihre Vorgehensweise. Möglicherweise wird es zukünftig bei vergleichbaren Anlässen in dieser Stadt eine andere Form der Aktionen geben.

gb

Braunschweig

Erinnerungsstätte eingeweiht

Zum Gedenken an die verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti

Mit dem Datum der Übergabefeier wird an den “Festschreibungserlaß” Heinrich Himmlers an alle Dienststellen der Polizei und Gendarmerie vom 17.10.1939 erinnert, in dem Sinti und Roma verboten wurde, ihre Wohnorte zu verlassen. Drei Jahre später kam es mit dem “Auschwitzerlaß” zur Gründung des “Zigeunerlagers” im KZ Auschwitz-Birkenau, der massenhaften Deportationen der Sinti und Roma in dieses Lager und zu ihrer Ermordung ebenda.

Landessprecher Gerd Bornemann nahm für die VVN/BdA an dieser wichtigen Veranstaltung teil und konnte verschiedene interessante Gespräche mit Besuchern und Vertretern anderer Organisationen führen.

Das Einleitungsreferat des Oberbürgermeisters, der seit der letzten Direktwahl ,von der CDU nominiert, amtiert, war nach Überzeugung Vieler nicht von ihm selbst verfaßt, sondern durch irgendeinen dienstbaren Geist vorbereitet worden.

Hierzu muß man wissen, daß Dr. Gert Hoffmann früher Mitglied der NPD war, was für sich genommen schon ein Skandal ist.

Selten ist ein Redebeitrag bei einem vergleichbaren Ereignis in einer solch monotonen, emotionlosen Art und Weise gehalten worden. Bekanntlich entspringt die dortige Gedenkstättenentwicklung natürlich auch nicht seiner persönlichen Initiative, sondern ist vielmehr dem jahrelangen Engagement seines Amtsvorgängers Steffens und dessen Mitstreitern geschuldet.

Sehr wohltuend hoben sich hiervon die Gruß- und Gedenkworte des Vertreters der Bezirksregierung Braunschweig, des Landesbischofes Dr. Friedrich Weber aus Braunschweig, der an den derzeitigen behördlichen Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden erinnerte und des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds des Nds. Landesverbandes Deutscher Sinti, Manfred Böhmer ab. Mit der Verlesung aller bekannten Opfernamen, die durch Günter Hutsch vom Staatstheater Braunschweig vorgenommen wurden, ist ihnen zusätzlich dokumentiert an den Gedenktafeln, ihre Identität zurückgegeben worden.

Diese besondere Feierstunde wurde musikalisch durch das Weiß-Ensemble einfühlsam begleitet.

gb

Fahrt der Kreisvereinigung Celle zur Wewelsburg

Unser diesjähriger Sommerausflug führte uns am 3. August 2002 zur Wewelsburg in den Kreis Paderborn. Nun werden sicherlich viele denken: Burgbesichtigung, Ritter, Rüstungen usw. Was hat die VVN damit zu tun? Wenn man sich allerdings die Burganlage genauer ansieht, dann wird sehr schnell deutlich, dass es sich hier nur um den Bau einer ehemaligen fürstbischöflichen Residenz aus der Zeit um 1600 handelt. Gerade die besondere Lage und die Form der Burg erregten aber schon 1933 das Interesse der NSDAP und insbesondere der SS.

Ab 1933 sollte hier mit dem Ausbau der Wewelsburg zur Reichsführerschule der SS ein ideologisches Zentrum und wenig später auch eine besondere Kultstätte der SS geschaffen werden. Im Mittelpunkt des Ausbaus der gesamten Anlage stand die Umgestaltung des Nordturms mit dem „Obergruppenführersaal“ und das Kellergeschoss mit der „Gruft“. Anstelle der oberen Stockwerke sollte ein sogenannter Kuppelsaal treten. Um jederzeit über billige Arbeitskräfte für die geplanten Bauwerke verfügen zu können, wurde nach dem Abzug des Reichsarbeitsdienstes 1939 in Wewelsburg ein KZ errichtet. Von den insgesamt 3900 Häftlingen starben nachweislich mindestens 1285 durch Unterernährung, harte Arbeitsbedingungen, mangelnde Hygiene, Quälereien usw.

Sämtliche Informationen hierüber sind in einer ausführlichen Dokumentation mit Fotos, Texten, Grafiken und verschiedenen Ausstellungsstücken im ehemaligen Wachhaus zugänglich und anschaulich aufbereitet. Eine Ausstellung, deren Besuch wirklich lohnt, das war die einhellige Meinung aller Teilnehmer unserer Fahrt.

Darüber hinaus hatten wir uns aber auch zu einer Führung durch die Ausstellung angemeldet. Zu unser aller Überraschung wusste unser Führer nicht nur sehr viele Einzelheiten und Interna über die führenden Köpfe der damaligen Zeit, sondern konnte auch durch die eine oder andere ironische Bemerkung alle Informationen geschickt vermitteln. Dazu gehörte dann z. B. auch so mancher Streich den die Dorfbevölkerung den NS-Leuten spielte.

Eine Besichtigung der Burganlage, in der sich heute eine Jugendherberge befindet, rundete die vorausgegangenen Informationen ab.

Horst Stehr

Göttingen:

Offener Brief an Innenminister

Mitte August wandte sich die Göttinger Kreisvereinigung der VVN-BdA mit folgendem Offenen Brief gegen die Abschiebung libanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kreis Northeim:

Im Namen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/ BdA), Kreisvereinigung Göttingen, sprechen wir unseren Protest gegen die Abschiebung der libanesischen Bürgerkriegsflüchtlinge im Kreise Northeim aus.

Seit 14 - 18 Jahren leben diese Bürger unter uns und haben sich in der Gemeinschaft integriert. Ein Teil der jungen Menschen ist in diesem Lande sogar geboren worden.

Wir erwarten, dass die Landesregierung für alle Betroffenen ein dauerndes Bleiberecht ausspricht.

Das Argument eines Betruges durch Erschleichung von Sozialhilfe betrachten wir als vorgeschoben. Dieses angewendete Vorgehen soll einen Präzedenzfall zur Durchsetzung eines verschärften Ausländerrechts schaffen. Unsere Vereinigung, in deren Reihen viele Emigranten aus der Zeit des Faschismus organisiert sind, hat sich mit den Problemen der Verfolgung und Emigration umfassend beschäftigt und wir können kein Verständnis dafür aufbringen, dass Niedersachsen die Verschärfung des Ausländerrechts mitträgt und offensichtlich auch noch eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Anstatt gegen Emigranten vorzugehen, stände es einer sozialdemokratischen Regierung an, Initiative zu ergreifen, dass - um nur ein Beispiel zu nennen - Kinder, die in unserem Lande geboren sind auch Staatsbürger diese Landes sind.

Letztlich richten wir auch noch einen moralischen Appell an Sie, zu bedenken, dass ja einer Ihrer Amtvorgänger in der Nazizeit auch emigrieren musste.

Peter Dürrbeck.
VVN-BdA Göttingen

Mitteilungsblatt -
Beilage zur antifa-rundschau.
Hrsg. VVN-BdA,
LV Niedersachsen,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover.
ViSdP.: S. Hölzer